

# SPD will stärkere Integration europäischer Armeen

## Militärisches Hauptquartier der EU / Arnold: Zweifel an deutscher Verlässlichkeit

Lt. BERLIN, 4. Dezember. Die SPD verlangt weitere Schritte hin zu einer europäischen Armee. Ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion fordert unter anderem die Gründung eines ständigen militärischen Hauptquartiers der Europäischen Union, die Vorbereitung eines gemeinsamen europäischen Weißbuches zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Gründung einer europäischen Militärakademie und häufigere gemeinsame Manöver der Streitkräfte der EU-Länder. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, sagte in Berlin, Deutschland müsse „der Motor bei der Europäisierung der Streitkräfte sein“. Er gestand zu, dass

Deutschland in einer europäisch agierenden Streitmacht ein verlässlicher Partner sein müsse. Wenn die Bundeswehr dem europäischen Verbund bestimmte militärische Fähigkeiten anbiete, „dann dürfen keine Zweifel bestehen, dass diese Fähigkeiten auch geliefert werden“.

Arnold sagte, es gebe durchaus in Europa noch „Zweifel an der deutschen Verlässlichkeit“. Doch seien diese Zweifel eher durch politische Entscheidungen der früheren Bundesregierung entstanden, etwa der Entscheidung, sich nicht an der Militäraktion gegen den libyschen Machthaber Gaddafi zu beteiligen. Die Mandatierungspflicht deutscher Militäreinsätze durch das Parlament sei hinge-

gen nicht die Hauptursache dafür, beteuerte Arnold. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Kommission zur Reform des Parlamentsvorbehalts, die vom früheren Verteidigungsminister Volker Rühle geleitet wird, eine Lösung dafür finden werde, den Parlamentsvorbehalt mit einer Europäisierung der Bundeswehr zu vereinbaren. Denkbar sei, dass der Bundestag einen jährlichen Bericht der Regierung über die „europäisierten“ Fähigkeiten der Armee zur Kenntnis nehme; im Einsatzfall müsse es dann aber trotzdem eine parlamentarische Zustimmung geben. Arnold sagte, es seien auch präzisere Definitionen denkbar, welche Auslandseinsätze eines Mandats bedürften.